

kontakte

Sozialdemokratische Bürgerzeitung

Oktober 1983



Sommerfest '83

STADTRECHT für Kronshagen

2

Die Sozialdemokraten Kronshagens haben den Bürgern unserer Gemeinde über die Kieler Nachrichten/Holsteiner Zeitung Vor- und Nachteile einer städtischen Magistratsverfassung gegenüber der jetzt geltenden Bürgermeisterverfassung dargestellt. Sie haben erläutert, daß der rechtliche Rahmen einer Magistratsverfassung den ehrenamtlich tätigen Gemeindevertretern bessere Arbeitsmöglichkeiten bietet und die Voraussetzungen für bessere Entscheidungen im Sinne der Bürger schafft. Größe und Aufgaben Kronshagens erfordern die Magistratsverfassung.

Über das Thema "Stadtrecht für Kronshagen" haben auch die Mitglieder des Ortsvereins der SPD ausführlich diskutiert. Ergebnis der Diskussion war der einstimmige Auftrag an die Fraktion, den Antrag auf Verleihung des Stadtrechts für Kronshagen in der Gemeindevertretung durchzusetzen.

Die Sitzung der Gemeindevertretung, die über den Antrag der SPD-Fraktion entscheiden wird, findet am 27.10.83 um 19 Uhr im Gemeindehaus statt. Dort werden die Argumente ausgetauscht, dort wird sich zeigen, wer im Interesse der Gemeinde und ihrer Bürger die Stellung der ehrenamtlich tätigen, der gewählten Gemeindevertreter stärken will.

Kommen Sie zur Sitzung der Gemeindevertretung am 27. Oktober!

Dieter Reyher Ausschuß-Sitzung

*Man schluckt drei
Tagesordnungspunkte,
So wie man Schmerztabletten nimmt.
Sie waren ohne Juckpunkte;
Man glaubt einfach, daß alles stimmt.
So gibt es keine Diskussionen;
Es ging auch nur um zehn Millionen.
Dann kommt man gleich zum
Punkte vier,
Und davon ist man überzeugt,
Genau an dieser Stelle hier
wird Geld zum Fenster
rausgeschmissen.
Ich weiß zwar nicht, um was es
dabei ging,
Doch hat man wirklich sehr beflissen,
Um 1000 Mark, es ging schon flink,
Vier Stunden ernsthaft diskutiert.
Und dann den Tagesordnungspunkt
aufs nächste Mal verschoben.
Ist dieser große Eifer nicht zu loben?*

FELIX UNBÜRGER

Umweltschutz

Die SPD fordert die Einrichtung eines Umweltausschusses in der Gemeindevertretung der Gemeinde Kronshagen. Wesentliche Aufgabe des Umweltausschusses soll es sein, öffentliche Planungen aller Art und einzelne Projekte daraufhin zu untersuchen, ob oder welche schädlichen Folgen sie für die Umwelt haben können und ob es möglicherweise im Interesse des Umweltschutzes bessere Möglichkeiten gibt, Planungen und Projekte zu verwirklichen.

Dieter Reyher



SEVESO IST ÜBERALL? Keine Dioxin-Gefahr in Kronshagen

126 Transformatoren der Stadtwerke Kiel AG werden clophen-gekühlt. Bei Bränden kann dann das verheerende Seveso-Gift Dioxin entstehen.

In Kronshagen, so versicherte der Bürgermeister, steht kein Transformator, der mit Clophen gekühlt wird.



NEUER VORSITZENDER DES WERKAUSSCHUSSES



Zum neuen Vorsitzenden des Werkausschusses der Gemeindevertretung der Gemeinde Kronshagen wurde der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dieter Reyher, Henri-Dunant-Allee 22, Tel. 54 26 00 gewählt.

Die Hauptsatzung der Gemeinde Kronshagen nennt folgendes Aufgabengebiet des Werkausschusses: Versorgungsbetriebe, öffentliche Einrichtungen (z. B. Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung, Straßenreinigung, Feuerwehr, Straßenbeleuchtung).

Aufgabe der Versorgungsbetriebe der Gemeinde Kronshagen ist es, in dem Versorgungsgebiet der Gemeinde Elektrizität und Wasser bereitzustellen.

Besonderes Anliegen des neuen Vorsitzenden des Werkausschusses wird die Einsparung von Energie und Wasser sein.

BRAVE JUGEND?

Die Erwartungen der überwiegend jugendlichen Zuhörer, die aufmerksam an der Podiumsdiskussion im Kronshagener HDJ zum Thema Jugendarbeitslosigkeit teilnahmen, dämpfte Gesprächsleiter Pastor Uwe Jochims gleich zu Beginn. Dieser Abend könne keine Antwort auf persönliche Probleme bieten, meinte er. Fast dankbar nahmen daher die Beteiligten des Podiums, Vertreter von JUSO's, Grünen, Junger Union, Gewerkschaft und Volkswirtschaft dies zur Kenntnis und gaben entsprechend theoretisch abgehoben ihre Stellungnahmen ab.

Daß trotzdem die Frage kam, was den Jugendlichen, die jetzt arbeitslos sind, an konkreter Hilfe angeboten werden könne, zeigt in zaghaften Ansätzen Wut und Ratlosigkeit. Und die konnten an diesem Abend eigentlich nur verstärkt werden.

Wie sollen junge Menschen motiviert werden zu arbeiten? Eine Lehrstelle ist schwer zu ergattern, selbst bei guten Schulnoten, geschweige denn im Traumberuf. Dann mußten die Teilnehmer hören, daß es in Zeiten knapper Arbeit Jugendliche schwer haben, weil die Unternehmer aus Kostengründen weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen und erfahrenen Arbeitnehmern den Vorzug geben (Volkswirt und Vertreter der Jungen Union). Was nützen dann die beruhigenden Theorien, daß sich unsere Gesellschaft ändern müsse - was denn sonst? - wenn das erst in vielleicht 30 Jahren der Fall sein wird? Bis dahin darf sich dann eine hochspezialisierte Elite die knappen Arbeitsplätze teilen, und der Rest verblödet vor Videos und Kabelprogrammen.

Eine Hoffnung bleibt, daß die heranwachsende Jugend diese Zwangsläufigkeit unterbricht und die in die Zukunft weisenden alternativen Theorien, die von JUSO's und Grünen kamen, als etwas annimmt, für das es sich lohnt zu kämpfen. Der Wert eines Menschen kann nicht nur über seine Rolle in der Arbeitswelt definiert werden. Das führt auf Dauer zu großen sozialen Unruhen. Wir müssen neue Werte schaffen.

Karin Becker

Jugendplan für Kronshagen

Der SPD-Ortsverein Kronshagen hat ihre Fraktion in der Gemeindevertretung der Gemeinde Kronshagen aufgefordert, in den Beratungen zum Haushalt 1984 von der Gemeindeverwaltung einen Jugendbericht zu verlangen, der die soziale Lage der Jugend Kronshagens darstellt, der auch die Jugendarbeitslosigkeit erfaßt und von dem aus eine sachgemäße soziale Planung abzuleiten ist.

Jusugruppe in Kronshagen

In Kronshagen ist wieder eine Jungsozialisten-Arbeitsgemeinschaft aktiv geworden. Zur Vorsitzenden wurde RITA MANZKE, Kieler Straße 5, Tel. 58 00 38 gewählt. Dem Vorstand gehören weiter an: Bernd Weyrauch, Ulrich Erdmann, Wolfgang Jarck und Julia Beate Hölzel.

Jungsozialisten sind alle Mitglieder der SPD bis zum Alter von 35 Jahren. Die Juso-AG ist aber auch offen für interessierte Jugendliche, die nicht der SPD angehören.

3

Entrüstet
Euch!
Sagt
„Nein“!



Diese Aufforderungen haben wir durch 2 Demonstrationen an die Bürger Kronshagens herangetragen. Wir, das sind die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) und der Friedensgruppe der Christus-Gemeinde. Der Anlaß der Zusammenarbeit, die geplante Nachrüstung (besser: Aufrüstung) ist kein erfreulicher, aber die Art der Zusammenarbeit erfreut. Hier wird gruppen- und generationsübergreifende Zusammenarbeit praktiziert und erlebt; hier hören wir aufeinander und lernen voneinander, unabhängig davon, ob (noch) zur Schülergeneration oder (schon) zur Großeltern-Generation zugehörig. Was ist unser Anliegen?

- A) Wir mischen uns ein und ergreifen Partei
 - für Rüstungsstopp, für Abrüstung. Daher keine Lagerung von neuen Atomraketen (Pershing II und Cruise missiles). Diese Raketen sind eine neue Waffengattung, eine neue Waffenqualität, so z.B. hinsichtlich der Zielgenauigkeit, der Zerstörungskraft, der Flugeigenschaften, der Flugdauer.
 - für mehr Vertrauen wagen. Daher Ablehnung des Strebens nach immer mehr Sicherheit. Jede Seite der beiden Weltmächte argumentiert, sie wolle den Frieden dadurch sicherer machen, daß sie den Gegner durch mehr und fürchterlichere Waffen noch mehr abschrecken könne. Dieser Sicherheits- und Abschreckungs-Ideologie verweigern wir unsere Zustimmung.



- B) Mit diesen öffentlichen Aktionen wollen wir Bereitschaft erwecken, daß sich jeder Einzelne mit den Informationen und Argumenten auseinandersetzt, mit denen maßgebliche Personen und Personengruppen aus allen Wissenschaftsbereichen, einschließlich des militärischen Bereiches, vor dem jetzigen Weg der Friedenssicherung warnen und zur Umkehr mahnen.
- C) Wir wollen uns und anderen unsere Angst vor dem atomaren Holocaust deutlich machen (z.B. hat eine einzige Cruise missile die 10-fache Zerstörungswirkung der Hiroshima-Bombe, das bedeutet auch den Tod von mindestens 100.000 Menschen. Eine unvorstellbare Zahl! Die Zahl der Verletzten und der Betroffenen von Spätfolgen ist überhaupt nicht abzuschätzen. Welches Ausmaß an Schmerzen und Leiden! Die Ärzteschaft vermag nicht zu heilen, sondern nur zu lindern. - Unsere Angst halten wir aus und setzen uns für einen anderen Weg zum Frieden ein, denn der Frieden in der Welt darf sich nicht auf die Drohung gegenseitiger Auslöschung gründen. Unsere Angst gründet sich insbesondere darauf, daß führende Kräfte der USA einen Atomkrieg für begrenzt (auf Europa) und gewinnbar (durch gezielte sog. "Enthauptungsschläge") ansehen.

Ich persönlich setze mich aktiv gegen die herrschende Friedenspolitik ein, da ich den Krieg als Jugendliche erlebt und durchlitten habe. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Gefühle der Angst um mein Leben während der Luftangriffe und an das Bangen um das Leben meines Vaters und meiner Geschwister. Ich erinnere mich an meine Betroffenheit und an meine Gebete. Ich erinnere mich an die Nöte und Entbehrungen. Ich erinnere mich an die Bilder der Zerstörung und des Grauens und des Todes. Aus dieser Erinnerung an meine Erlebnisse und Gefühle setze ich mich ein für ein **N i e w i e d e r !** Motivierend war darüber hinaus die Auseinandersetzung mit dem, was zwei bedeutende Frauen unserer Zeit sagten:

"Falschspiel mit der Abrüstung" von Alva Myrdal, schwedische Politikerin, 10 Jahre Mitglied im Abrüstungs-Komitee der UN in Genf, 1982 Friedensnobelpreis;

"Aufrüstung tötet auch ohne Krieg" von Dorothee Sölle, Theologin, Rednerin in Vancouver v.d. Weltkirchenrat.

Schon Albert Einstein mahnte:

"Bloßes Lob des Friedens ist einfach, aber wirkungslos. Was wir brauchen, ist kritische Teilnahme am Kampf gegen den Krieg und alles, was zum Kriege führt."

Traute Roscher

SPD-Landesparteitag in Tönning:

Die Aktionen der SPD im Rahmen der Friedensbewegung richten sich nicht gegen die Soldaten der Bundeswehr. Diese Entscheidung war den Delegierten besonders wichtig.

Dr. Joachim Meyer-Delius, Flottenarzt und Leiter der Abteilung experimentelle Physiologie beim Schiffschiffsmedizinischen Institut der Marine, ist in den "Ruhestand versetzt" worden. Wir gratulieren unserem Freund, Ratgeber und Mitstreiter dazu in dem Wissen, daß es ein "lebhafter Ruhestand" sein wird!

Die SPD Kronshagen



Retten, Löschen, Bergen, Schützen - das ist das Motto der Feuerwehr. Für ihre schnelle und wirksame Hilfe nach dem gewaltigen Sturm gebührt unserer Gemeindewehr unser aller Dank.

Altkleidersammlung für den guten Zweck — oder kommerziell?

Mit der Post hole ich einen Zettel aus meinem Briefkasten:

"Altkleider-Sammlung am kommenden Montag. Bitte helfen Sie uns."

Da ich ein ordentlicher Mensch bin, habe ich mir die Termine der Altkleidersammlungen im voraus notiert, für "kommenden Montag" steht nichts in meinem Kalender. Und dann entdecke ich auf dem Zettel ein schönes Wappen und darin ganz klein: "Kommerzielle Sammlung". Ein andermal kommt eine Altpapiersammlung mit dem Aufruf:

"Machen Sie mit! Zum Schutz der Umwelt."

Und wieder steht nur im Kleingedruckten "gewerbliche Sammlung".

Wie mir das Kreisordnungsamt auf meine telefonische Anfrage mitteilte, seien die Sammlungen geprüft, die Genehmigungen erteilt. Natürlich kann man niemandem verbieten, Altkleider und Altpapier zu sammeln. Aber es ärgert mich, daß diese Firmen sich tarnen, den Schein erwecken, als täten sie etwas Gutes. Und es ist auch sicher kein Zufall, daß die Termine für diese gewerblichen Sammlungen oft ganz kurz vor einer Sammlung der bekannten Verbände liegen...

"Man merkt die Absicht, und man ist verstimmt", sagt Wilhelm Busch. Ich möchte eigentlich alle Bürger bitten, so "verstimmt" zu sein, daß sie in Zukunft die Aufrufe zur Altkleidersammlung genauer ansehen und nur dann Altkleider und Papier auf die Straße legen, wenn sie sicher sind, damit die Arbeit eines Verbandes zu unterstützen, der wirklich Gutes tut.

A. Meyer-Delius

Wat den een sien Uhl...

Eigentlich hätte dieser Tagesordnungspunkt gar keinen Meinungsstreit entfachen können, denn unabhängig von der parteipolitischen Bindung war ein - vielleicht abgestuftes - "Ja" zu erwarten. Was den anwesenden 2 Schulklassen in der letzten Gemeindevertreterversammlung geboten wurde, war lebhafter und konträrer Meinungsumtausch. Das gab auch Stoff für den KN-Reporter, der Kronshagen wieder einmal sichtbar in die Zeitung brachte. Worum ging es und warum soll noch einmal darüber berichtet werden?

Die Kieler Verkehrs-AG, im Bestreben, die roten Zahlen ihrer Bilanz etwas schwärzer zu machen, hatte sich für ihr Omnibusnetz eine neue Linienführung ausgedacht. Die Linie 3, nicht sehr ausgelastet, soll über den Eschenkamp und den Hasselkamp zur Kopperpähler Allee fahren. Am Gemeindehaus vorbei nimmt sie dann den gleichen Weg wie bisher die 17, die dafür eingestellt wird.

Aufgrund des KN-Artikels bin ich von Befürwortern, aber auch von Kronshagener Bürgern, die diesem Vorhaben ablehnend gegenüberstehen, angesprochen worden. Wenn wir uns einig sind, daß es sicher nicht die ideale Lösung ist, will ich gerne noch einmal meine Gründe dafür angeben.

Es gibt eine große Zahl von Kronshagener Bürgern - alte Menschen, Kinder - die kein Auto besitzen und auf den Bus angewiesen sind.

Die neue Linienführung erschließt einen dichter besiedelten Teil Kronshagens und bietet besonders



In der Fotomontage fährt er schon - der Bus durch den Hasselkamp.

Kindern in diesem Bereich die Möglichkeit, die am anderen Ortsende liegenden Schulen per Bus zu erreichen. Diese Buslinie ermöglicht es ferner, ohne umzusteigen in einen Kieler Stadtteil zu gelangen, der von den bisherigen Linien nicht bedient wurde.

5

Der Autofahrer möchte möglichst vor seiner Haustür parken. Gönnen wir auch den Benutzern öffentlicher Verkehrsmittel einen kurzen Weg zur Haltestelle. Und der Betreiber dieser Verkehrsmittel hat sicher auch ein Recht darauf, nach wirtschaftlicheren "Wegen" zu suchen. Kieler Bürger sind es, die mit ihren Steuern die Defizite des öffentlichen Personennahverkehrs mitfinanzieren.

Denen, die diese Linienführung ablehnen, sei zum Trost gesagt: So schnell kommt die Umstellung noch nicht - was wieder enttäuschend für die ist, die schon darauf gewartet haben.

Theodor Sakmirda

Tempo 30 in Kronshagen?

Nicht zuletzt die Verkehrsaufsicht des Kreises Rendsburg-Eckernförde hat mehrfach Wünsche Kronshagener Bürger nach Verkehrsberuhigung und mehr Sicherheit durch Geschwindigkeitsbegrenzung zurückgewiesen.

Den Nein-Sagern aus Rendsburg ist folgendes entgegenzuhalten:

1. "Als wichtigster Beitrag zur Senkung der Verkehrsofferzahlen nannten Sprecher der 200 teilnehmenden Bürgerinitiativen die Beruhigung des innerstädtischen Verkehrs. In geschlossenen Ortschaften solle Tempo 30 vorgeschrieben werden. Nach Meinung der BBU könne damit die Hälfte der Unfälle mit Verletzten vermieden werden. Wissenschaftliche Untersuchungen hätten ergeben, daß bei Tempo 30 weniger Staus zu erwarten seien, als bei der geltenden Geschwindigkeitsregelung." (KN vom 30.05.83, "Bürgerinitiativen fordern Tempo 30 in der Stadt. Europäischer Radfahrerverband in der 'Pumpe' gegründet.")

2. "Die Hauptunfallursache auf allen Straßenarten stellt eine unangemessen hohe Geschwindigkeit dar. Das Statistische Bundesamt weist aus, daß mehr als jeder dritte Unfall mit Todesfolge durch überhöhte Geschwindigkeit zustande kommt ... Reduktionen der Höchstgeschwindigkeiten würden dort am besten wirken, wo die meisten Unfälle stattfinden - auf Landstraßen und in Städten. Berechnungen im Projekt 'Energie und Gesellschaft' an der Technischen Universität Berlin haben gezeigt, daß ein generelles Tempo 30 in Städten, selbst wenn das gegenwärtige Tempo dabei nur um 15 km/h abnähme, 70 Prozent der in den Städten getöteten Fußgänger (das wären 1980 insgesamt 1590 Personen gewesen) ihr Leben nicht verloren hätten." (Aus der Beilage der Frankfurter Rundschau "Welt des Autos" vom 15.09.83: "Wir brauchen keine Tempomobile. Die heutigen Autos sind in die falsche Richtung optimiert.")

Warum nicht also Tempo 30 in Kronshagen? Generell. Kronshagen könnte mindestens einen zeitlich begrenzten Versuch wagen.

Dieter Reyher

Bürgerfragestunde

6

Interesse durch bessere Information fördern

Meines Erachtens kann das Interesse der Bürger an ihrer Gemeinde und an der Tätigkeit ihrer Selbstverwaltung erheblich dadurch gefördert werden (gesetzlicher Auftrag!), daß Bürgerfragestunden ständig angeboten werden und nicht nur dann, wenn zufällig die Tagesordnung der Sitzung der Gemeindevertretung einmal weniger umfangreich ist oder wenn zufällig einmal die Mehrheitsfraktion (Zu wessen Nutzen?) an einer Bürgerfragestunde interessiert ist.

Die Bürgerfragestunde wäre dann zwischen den nicht-öffentlichen Teil einer Gemeindevertretersitzung und den öffentlichen Teil zu legen. So könnte auch der gesetzlichen Pflicht genügt werden, die "Geheimbeschlüsse" der nichtöffentlichen Sitzung unverzüglich öffentlich bekannt zu geben.

Wesentlich ist aber auch, daß jeder Bürger den Beratungen der Gemeindevertretung folgen kann. Dazu kann jeder in der Runde im Gemeindehaus beitragen - Gemeindevertreter und Bürgermeister -, indem der Beratungsgegenstand für jedermann verständlich und interessant dargestellt wird. Aber auch die Diskussionsbeiträge dürfen den Besuchern keine Rätsel aufgeben.

Klarheit und Sachlichkeit, nicht zuletzt Kürze der Rede sind insbesondere von denen zu verlangen, die vom Bürger fordern (So steht es in der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung geschrieben), ihre Eingaben "schriftlich, kurz und sachlich abzufassen und ... einzureichen".⁺

Den Besuchern der Sitzungen der Gemeindevertretung sollte nicht nur die (immer noch unzureichende) Tagesordnung an die Hand gegeben werden, Ihnen sollten auch die Beschlußvorlagen zur Verfügung gestellt werden - notfalls in einer besonderen Fassung, wenn dies Umfang oder Schutzbedürfnisse erfordern.

Dieter Reyher

⁺ Diese Forderung nach "Verwaltungsnähe" des Bürgers ist nicht die Position der SPD!



Erhaltet die Knicks

Nach dem Landschaftspflegegesetz dürfen Knicks nicht beseitigt, abgebrannt oder sonstige beschädigt werden. Auch die Ränder der Knicks sollten nicht mit Pflanzenbehandlungsmitteln bespritzt bzw. bestäubt oder gar abgebrannt werden, denn beispielsweise Überwintern viele seltene bzw. besonders geschützte Insektenarten in alten, trockenen Pflanzenstengeln.

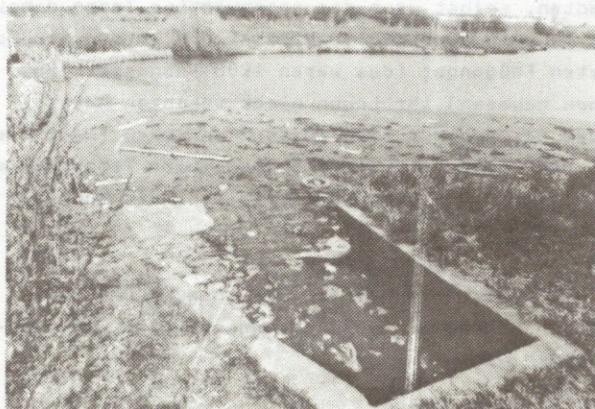
Das in 200 Jahren entstandene Ökosystem der bunten Knicks kann in seiner vielfältigen biologischen und landschaftsökologischen Wirkung kaum ersetzt werden. Hieraus ergibt sich aus der Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege zwingend die Folgerung, daß - wo immer möglich - an den alten gewachsenen "bunten Knicks" mit der althergebrachten Knickpflege festgehalten werden sollte.

Aus dem "Handbuch für Naturschutz in Schleswig-Holstein"

Möglich und nötig ist die Knickpflege vor dem Bahndamm. Hainbuchen, Hasel, Eschen, Weißdorn, Schlehe, Rosen und Brombeeren: Die Auswahl an Pflanzen für die Wiederherstellung des Knicks ist groß. Auch einer "Gartenstadt" steht es gut an, alte Ökosysteme zu pflegen.

Wer rettet den Krugteich?

Wenn weder Kiel noch der Wasserverband für die Reinhaltung des Krugteiches sorgen will, warum kauft dann nicht Kronshagen dieses Gebiet?



Für Sie gelesen!

7

"Bereits die zaghafte Annäherung zwischen Moskau und Peking führt nicht etwa zu etwas mehr Hoffnung auf Entspannung am Ussuri, sondern zur besorgten Frage nach dem 'Erstarken des Weltkommunismus'. Gut ist, was dem andren schadet, schlecht ist, was ihm nützt. Solange dieses Denken unser Verhältnis zur Sowjetunion beherrscht, kann es gar keine Abrüstungserfolge geben ... Solange Konfrontation und nicht Kooperation das Denken der beiden Blöcke beherrscht, sind wir auf dem Weg zur Vernichtung und nicht auf dem Weg zum Frieden. Friedenspolitik ist erst möglich, wenn beide Supermächte ihre Konflikte nicht mehr zu ihren eigenen Gunsten und auf Kosten des Gegners austragen ... Friedenspolitik will nicht Sieg, sondern Frieden, Ausgleich, Versöhnung ... Auf das Wunder, daß beide Seiten gleichzeitig umkehren, warten wir jahrzehntelang vergebens ... (Einer) muß anfangen Abschied zu nehmen von der klassischen Machtpolitik."

"Mir wurde ... endgültig klar, gegen wen wir unsere Nachrüstung eigentlich richten: nicht nur gegen die Kreml-Führer und Erich Honecker persönlich, sondern gegen die vielen Millionen Bürger in Osteuropa, deren Friedenssehnsucht so groß ist wie die Friedenssehnsucht hierzulande. Unsere Nachrüstung richtet sich zum Beispiel gegen Millionen evangelischer Christen in der DDR, gegen Millionen Katholiken in Polen und gegen Millionen orthodoxer Christen

in der Sowjetunion, ebenso wie gegen Millionen Atheisten. Wir richten Atomraketen gegen Millionen Menschen, die so sehr den Frieden wollen wie wir auch. Sind wir noch glaubwürdig, wenn wir uns für Menschenrechte in Osteuropa stark machen, aber zugleich Osteuropa durch Atomwaffen bedrohen? Wir übersehen, daß wir durch unsere Pläne zur Verteidigung der Freiheit die Vernichtung von Millionen Menschen in Kauf nehmen."

Aus: Franz Alt: "Frieden ist möglich. Die Politik der Bergpredigt." - Erschienen bei Piper, 8,80 DM. Der bekannte Fernsehjournalist, selbst CDU-Mitglied, war bis vor kurzem Befürworter der Nachrüstung, inzwischen ist er einer ihrer engagiertesten Gegner.

Jens Siebmann



Franz ALT darf das Magazin "Report" bis auf weiteres nicht mehr moderieren. Das Engagement des CDU-Mitgliedes für die Friedensbewegung und gegen den NATO-Doppelbeschluß ließ ihn dem Südwestfunk Baden-Baden nicht mehr "ausgewogen" genug erscheinen.



Wann endlich folgt man der Vernunft der Bürger und befestigt diese kürzeste Verbindung?

»Beteiligung an den Aktionen der Friedensbewegung«

Beschluß des SPD-Kreisparteitages RD-Eck.

Der SPD-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde ruft alle seine Mitglieder dazu auf, sich an den gewaltfreien Aktionen der Friedensbewegung im Herbst zu beteiligen, wobei die Beteiligung an gewaltfreien Blockaden selbstverständlich der Gewissensentscheidung jedes Mitgliedes überlassen wird.

Gleichstellung der Frau - Wende wohin?

Für eine "progressive, glaubwürdige Frauenpolitik" setzte sich vor der Bundestagswahl 83 Hans-Jochen Vogel, der SPD-Spitzenkandidat, und sein "Mannschaftsmitglied" (bezeichnend, daß es dafür noch kein anderes Wort gibt) Frau Eva Rühmkorf ein. Frau Rühmkorf war als Staatssekretärin für Frauenfragen im Bundeskanzleramt vorgesehen. Sie war und ist (nach der verlorenen Wahl) Chefin der Leitstelle für die Gleichstellung der Frau beim Hamburger Senat. Frau Rühmkorf vertritt - und das hätte sie wohl auch im Kabinett getan - eine eigenständige Meinung in Fragen der Gleichstellung.

Wie sieht es heute damit aus? Wie sieht die Zukunft der Frauen nach der Wende aus? Wieviel von dem wird rückgängig gemacht werden, was zur Zeit der sozial-liberalen Koalition für die Frauen erreicht werden konnte?

Weil wir Frau Rühmkorf in diesen Fragen für sehr zuständig halten, haben wir - die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Kronshagen und Kiel - sie gebeten, zu uns zu kommen und zu antworten. Wenn Sie fragen, diskutieren oder auch nur zuhören wollen:

Wir laden Sie herzlich ein zu unserer Veranstaltung am Dienstag, den 15. November, um 20 Uhr in der Feuerwache Kronshagen. Bitte vornotieren!

Klammheimlich oder nach Pinnerberger Art

Klammheimlich wurden Teile Kronshagens verkabelt. Wir konnten es jener Tageszeitung aus der Landeshauptstadt entnehmen, deren Verleger bekanntermaßen einem Privatfernsehen sehr zugetan und sich der vollen Unterstützung des Ministerpräsidenten dieses Landes sicher ist:

"Fernsehen 'aus dem Boden'. Einzelne Häuser wurden von der Bundespost bereits ans Kabel angeschlossen."

Nun sind wir nicht gegen Verkabelung dort, wo Berge oder Hochhäuser einem einwandfreien Fernsehempfang entgegenstehen. Wir sind auch nicht dagegen, daß wir das Angebot der Fernsehprogramme DDR 1 und DDR 2 in Farbe empfangen können und uns so z. B. mit den Methoden der Beeinflussung im kommunistischen Gesellschaftssystem kritisch auseinandersetzen oder einfach einmal unsere Sicht der Dinge mit der Sicht der anderen Seite vergleichen können. Es könnte der Wahrheitsfindung nützlich sein.

Nur: Weshalb wurde und wird an der Gemeindevertretung vorbei verkabelt?

Da gibt es 1. eine Vereinbarung zwischen dem Bundespostminister und den kommunalen Spitzenverbänden und diese Vereinbarung sieht die Beteiligung der Kommunen an Planung und Aufbau von Breitbandverteilernetzen durch die Bundespost vor.

Da verlangt 2. Staatssekretär Dr. Keussen aus dem Wirtschaftsministerium dieses Landes: "Um ihre regionalpolitischen Vorstellungen einbringen zu können, müssen die Länder und Kommunen an der Netzausbauplanung der Post beteiligt werden."

Schließlich gibt es 3. bereits Städte, die nicht nur die Verkabelung ihres Gebietes fordern, sondern auch - sehr zum Unwillen der Post - Wegebenutzungsgebühren verlangen oder sogar Nutzungsrechte z.B. für ein kommunales Fernsehen. Jene Städte prozessieren gar darum.

Andere Gemeinden verlangen 4. - auch mit den Stimmen der CDU - zunächst eine öffentliche Anhörung über die Auswirkungen der neuen Medientechnologie, bevor sie ihre Entscheidung für oder gegen eine Verkabelung treffen.

5. gibt es Gemeinden, die eine Verkabelung abgelehnt haben: aus medienpolitischen Gründen.

Kronshagen aber wird klammheimlich verkabelt. Ob es unserem Bürgermeister Dr. Stoltenberg so erging wie seinem Pinnerberger Kollegen: "die Stadt sei nur durch Zufall über die Planung der Post informiert worden" (KN vom 19.07.83).

8

Wir Sozialdemokraten wollen das nicht einfach so hinnehmen, daß unser Ort verkabelt wird und das auch noch heimlich, verkabelt etwa, weil es Herr Post- oder Kabelminister so wollen, verkabelt, weil Herr Ministerpräsident Privatfernsehen auch für Zeitungsverleger durchsetzen wollen, verkabelt, weil es der Städtebund Schleswig-Holstein will oder der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Wer hat denn diese Gremien beauftragt, Flächen-Verkabelung zu fordern? Die Gemeindevertretung der Gemeinde Kronshagen jedenfalls hat es nicht getan! War es unser Bürgermeister, der es jetzt geschehen läßt, der abwartet?

Sozialdemokraten dieser Gemeinde verlangen eine Entscheidung der Gemeindevertretung. Und dazu werden wir eine Reihe von Fragen beantworten lassen, so daß wir in der Lage sind, eine verantwortungsbewußte Entscheidung zu treffen.

Dieter Reyher

Weder Zwangsanschluß noch Anschlußzwang

Der Ortsverein Kronshagen hat auf dem letzten Kreisparteitag der SPD folgenden Antrag mit Erfolg eingebracht:

Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, nicht zuzulassen, daß es den Hauseigentümern und Vermietern durch Gesetz ermöglicht wird, die Kosten für einen Breitbandkabelanschluß als Modernisierungsaufwand auf die Mieter umzulegen.

Begründung:

Nachdem sich Mieter mit Erfolg vor Gerichten unterer Instanz gegen den Kabelanschluß ihrer Wohnungen gewehrt haben, steht kabelanschlußunwilligen Mietern nunmehr der Zwangsanschluß bevor. Der Verband der Hauseigentümer hat den Bundesbauminister aufgefordert, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, damit Kabelanschluß künftig als Modernisierungsmaßnahme gilt. Das bedeutete, die Hauseigentümer könnten die Kosten dann auch kabelanschlußunwilligen Mietern ohne weiteres in Rechnung stellen. Das hätte - nach dem derzeitigen Stand - eine Kostensteigerung um ca. 15 DM pro Wohnung und Monat zur Folge.

Mit unserer Unterstützung wurde dieser Antrag durch die Forderung ergänzt, keinen Anschlußzwang zuzulassen.

In Kronshagen werden wir dafür sorgen, daß nicht über ein Antennenanschlußverbot der Kabelanschluß sozusagen als Sachzwang durchgesetzt wird.

Dieter Reyher

»Über Kabelnetze und die Wahrheit«

"Die von Ihnen befürwortete Kabeltechnologie sollte ursprünglich dazu dienen, entlegene Landstriche, durch Hochhäuser abgeschirmte Einfamilienhäuser und Wohnungen empfangsbereit zu machen. Dies halten wir auch für eine durchaus akzeptable Sache."

"Zum Schluß noch etwas zur angeblich entstehenden Meinungsvielfalt: Die Verkabelungen führten angeblich zur Meinungsvielfalt, zu großzügiger Information - so wird behauptet. Dem widersprechen wir ganz entschieden! Das Gegenteil ist der Fall: ... Bildschirmtext und kommerzielles Fernsehen lassen die eigene Meinung nicht mehr in dem bisherigen Maße zu. Da künftig das zu lesende Wort nicht mehr wie bisher zur Verfügung stehen wird, ist man auf den Bildschirm als Informationsquelle angewiesen. Das heißt: Der Informationssuchende der Zukunft hat gefälligst das zu kaufen, was der Bildschirm ihm empfiehlt. Die Wahrheit, oder das, was man als wahrscheinlich zu akzeptieren hat, kann man künftig nur via Bildschirm erfahren."

(Aus dem offenen Brief der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, Gruppe Mainz-Hechtsheim, an den Bundespostminister - Frankfurter Rundschau vom 29.03.83)

Mehr als ein Viertel seiner Freizeit - nämlich 28,4 % - verbringt der Durchschnittsbürger der Bundesrepublik vor der Mattscheibe, Und das bei in der Regel "nur" drei Fernsehprogrammen.

Rechtfertigt dieses Freizeitverhalten die Verkabelung Kronshagens und der übrigen Republik? Oder sollen auch die Bürger vor die Mattscheibe gelockt werden, die an sich lieber in Kneipen gehen, Freunde besuchen, den Garten pflegen, Feste feiern, das Theater besuchen?

Ich erinnere mich an eine Veranstaltung der Kronshagener Christuskirche. Dort war viel von Nachbarschaft die Rede, vom Bedürfnis danach und davon, daß dieses Bedürfnis nach zwischenmenschlicher Beziehung vielfach nicht befriedet werden konnte ...

Verkabelung der Republik: Wem soll es nützen?

Dieter Reyher

Neue Medien - neue Chancen?

Diese Frage kann mit einem klaren "Ja" beantwortet werden allerdings ist nicht sicher, ob die Chancen auch genutzt werden.

Im Bereich der Nachrichten- und Informationstechnologien gibt es zur Zeit eine geradezu rasante Entwicklung, die durch die Anwendung von Mikroprozessoren, von hochintegrierten Schaltkreisen und der Laser-/Glasfaserübertragungstechnik der deutschen Industrie ein breites Spektrum für die Produktion völlig neuer technologisch hochwertiger Güter bietet. Der schnelle Vorstoß auf dem Gebiet des Kommunikationswesens kann uns neue Märkte erschließen, die den Verlust der traditionellen Märkte mit alter, ausgereifter Technologie wenigstens teilweise wettmachen können.

Die Anwendung der neuen Medien wird durch drastisch sinkende Kosten der Informationsbearbeitung und -übertragung die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und damit der Arbeitskräfte stärken. Für ein Land, das über hochqualifizierte Arbeitskräfte verfügt, in dem jedoch Rohstoffe, Energie und Umwelt knapp und teuer sind, bietet die Kommunikationsindustrie ausgesprochen günstige Spezialisierungsvorteile und damit Chancen für wirtschaftliches Wachstum. Die internationale Konkurrenz ist im Wettlauf um die neuen Absatzmärkte schon gestartet, während unsere Industrie noch in den Startlöchern hockt und auf den Startschuß der heftig diskutierten gesellschaftspolitisch relevanten Kräfte wartet.

Wenn wir hier den Anschluß verlieren, dann brauchen wir bald über das Für und Wider von Kabelfernsehen - übrigens gesamtwirtschaftlich ein eher unbedeutender Aspekt der neuen Medien - nicht mehr zu streiten, die von den einen erhoffte und von anderen befürchtete Medienvielfalt werden wir uns dann vielleicht gar nicht mehr leisten können.

Wolfgang Weskamp

»Kabelanschluß nicht mit Zwang«

'Keinem Mieter darf gegen seinen Willen der Kabelanschluß aufgezwungen werden.' Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten des Deutschen Mieterbundes, in dem zugleich jede Änderung dieser Mietrechtslage als 'Zwangsverkabelung' abgelehnt wird.

Aus: "Welt der Arbeit" vom 22.09.83



"Mann, wo willst du mit dem Kürbis hin?"
"Nach Bonn, ich will denen mal zeigen, was gesundes Wachstum ist."

"Nicht so tun, als sei Massenkommunikation (zum Beispiel Fernsehen), Individualkommunikation (zum Beispiel Telefon) und geschäftliche Kommunikation (zum Beispiel Datenverkehr) getrennt zu betrachten. Die Übertragungswege und die Wirkungen wachsen zusammen."

Peter Paterna, MdB (SPD), stv. Vors. der Enquete-Kommission "Neue Informations- und Kommunikationstechniken" des Deutschen Bundestages im "Vorwärts" vom 30.06.83



Die internationale Automobilausstellung in Frankfurt machte Schlagzeilen und war der Anlaß zu vielen positiven Berichten in Rundfunk und Fernsehen. Bedenklich scheint mir, daß der Kehrseite des Autofahrens nicht annähernd die gleiche Aufmerksamkeit zuteil wird.

Soweit es die Belastung unserer Umwelt durch das Auto betrifft, scheinen die Probleme lösbar, wenn nicht mit Hinweis auf andere Schadstoffproduzenten vom eigenen Problem abgelenkt wird.

Viel bedrückender ist die andere Negativseite. Trotz steigender Zulassungszahlen an Kfz's sind in den vergangenen Jahren die Unfallzahlen und vor allem die Zahlen der Verkehrstoten zurückgegangen.

Was immer die Gründe waren - gestiegenes Verantwortungsbewußtsein, wirtschaftlicherer Umgang mit dem teurer gewordenen Benzin und daraus folgend weniger Geschwindigkeit - ganz gleich, das Ergebnis war erfreulich.

Diese positive Entwicklung scheint gestoppt. Nach den Zahlen des ersten Halbjahres 1983 ist kein Rückgang, sondern eine Zunahme der Verkehrsunfälle zu verzeichnen. Noch schrecklicher sind aber die Zahlen der dabei verunglückten Kinder. Wir sollten uns davor hüten, die Diskussion etwa auf das nicht "verkehrsgerechte" Verhalten der Kinder abdrängen zu lassen. Das "Herz für Kinder" als Aufkleber an so manchem Autorückfenster nützt allein nichts. Man muß schon auf das Klopfen des eigenen hören. Haben Sie sich, nach gerade noch gut verlaufener kritischer Verkehrssituation, nicht auch schon gefragt, ob wir eigentlich so schnell fahren müssen? Wird unsere Freiheit wirklich eingeschränkt, wenn wir z.B. ein Gebot aus dem amerikanischen Verkehrsrecht übernehmen, daß das Vorbeifahren an einem haltenden Schulbus verbietet? Während auf dem Verkehrssicherheitstag ein Vertreter des schleswig-holsteinischen Verkehrsministers die Zahl der im Verkehr verunglückten Kinder beklagt (wir halten die Weltspitze), lehnt der Sprecher des Bundesverkehrsministers den vorher genannten Vorschlag als übertrieben und unnötig ab.

Können Sie mit dem Gedanken leben, daß der Tod von Kindern ein unabänderlicher Preis für die Nutzung automobiler Technik ist?

Die Werbekampagnen der Automobilfirmen haben Sicherheit und Sparsamkeit aus ihren Sprüchen verbannt. Kraft und Schnelligkeit sind das Gebot der Stunde.

Eine fatale Wende!

Th. Sakmirda

UNFALLBERICHT

Die SPD fordert die Gemeindevertretung auf, den zuständigen Gremien der Selbstverwaltung einen jährlichen Unfallbericht vorzulegen, der sämtliche Unfälle auf den Straßen des Gemeindegebietes erfaßt. Der Bericht muß die Unfallursachen detailliert angeben und detaillierte Vorschläge zur Verhinderung von Verkehrsunfällen enthalten.

Berücksichtigung finden sollten auch - wenn dies möglich ist - die sogenannten Beinahe-Unfälle.

Dieter Reyher

Abschluß der Friedenswoche - Sternfahrt nach Hamburg

Zum Abschluß der Friedenswoche findet in Hamburg am 22. Oktober eine Abschlußkundgebung statt. Nach den Einzelveranstaltungen der verschiedenen Organisationen in vielen Orten soll dieser Treffpunkt dazu dienen, alle, die sich gegen weitere Aufrüstung auflehnen, zusammenzuführen und die Kraft der Friedensbewegung deutlich zu machen.

Auch die SPD Schleswig-Holstein ruft zur Teilnahme auf und hat die Möglichkeit geschaffen, mit der Bundesbahn verbilligt nach Hamburg zu fahren (Hin- und Rückfahrt DM 14,-). Der Zug fährt am 22. 10. um 10.22 Uhr ab Hauptbahnhof.

Kronshagener Interessenten können Fahrkarten bestellen bei Traute Roscher, Meddagskamp 1e, Tel. 58 95 64

Laßt Drachen statt Raketen fliegen!

Die JUSO's Kronshagens laden ein zum

DRACHENFLIEGERWETTBEWERB

Wann? Sonnabend, den 15. 10. 83, 15 - 18 Uhr

Wo? Abenteuerspielplatz/Fußsteigkoppel

Wer? Teilnehmen können alle Kinder bis zum Alter von 14 Jahren

Es winken wunderschöne Preise! Kommt alle!

Kontakte -

Sozialdemokratische Bürgerzeitung für Kronshagen

Herausgeber:

Arbeitskreis Zeitung im Ortsverein Kronshagen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kontaktadresse:

Dieter Reyher, Henry-Dunant-Allee 22
2300 Kronshagen, Tel. 54 26 00

Fotos: Reyher, Siebmann

Zeichnungen: J. Müller

SPD
Sozialdemokraten